

A19 Antrag: Kommunale Parkausnahmegenehmigungen für Hebammen in Köln

Antragsteller*in: Jusus Lindenthal, Jusus Ehrenfeld

Antragstext

1 Die Jusus Köln setzen sich dafür ein, freiberuflichen und angestellten Hebammen,
2 die im Stadtgebiet Hausbesuche durchführen, eine vergünstigte kommunale
3 Parkausnahmegenehmigung zu erteilen.

4 Diese Parkberechtigung soll analog zu bestehenden Regelungen für
5 Handwerksbetriebe sowie ambulante soziale und pflegerische Dienste ausgestaltet
6 werden und das zeitlich begrenzte Parken im Rahmen beruflicher Einsätze
7 ermöglichen.

8 Ziel ist es, Hebammen die Ausübung ihrer Tätigkeit zu erleichtern, ohne
9 zusätzliche Kosten für die Stadt Köln zu verursachen.

Begründung

Hebammen leisten tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag für Familien in Köln. Sie begleiten Schwangerschaften, Geburten und die sensible Zeit des Wochenbetts – häufig unter hohem Zeitdruck, mit kurzfristigen und unplanbaren Einsätzen und direkt bei den Menschen zuhause.

Gerade rund um die Geburt eines Kindes zählen Minuten. In diesen Situationen darf es nicht darauf ankommen, ob eine Parkuhr abläuft, ein Parkplatz weit entfernt ist oder die Angst vor einem Knöllchen besteht. Der derzeitige Parkraummangel in vielen Kölner Veedeln erschwert Hebammen ihre Arbeit erheblich und stellt eine unnötige zusätzliche Belastung dar.

Andere Berufsgruppen mit vergleichbaren Anforderungen – etwa Handwerksbetriebe oder ambulante soziale Dienste – verfügen bereits über entsprechende Parkausnahmegenehmigungen. Hebammen erfüllen dieselben Kriterien:

Sie arbeiten mobil, sind auf kurzfristige Einsätze angewiesen, und übernehmen eine zentrale gesellschaftliche Versorgungsfunktion.

Eine kommunale Parkausnahmegenehmigung würde es Hebammen ermöglichen, ihre Einsätze effizient, stressfreier und sicherer zu gestalten. Dies ist nicht nur im Interesse der Hebammen selbst, sondern auch im Interesse der betreuten Familien und der öffentlichen Gesundheitsvorsorge.

Angesichts des bestehenden Hebammenmangels ist es zudem ein wichtiges Signal der Wertschätzung und Unterstützung, die Arbeitsbedingungen dieses Berufs gezielt zu verbessern. Die vorgeschlagene Regelung verursacht keine zusätzlichen Kosten für die Stadt, da sie sich an bereits bestehenden Genehmigungsmodellen orientiert und lediglich auf eine weitere relevante Berufsgruppe ausgeweitet wird.